

NACHRICHTEN

Alle UNO-Soldaten in Sierra Leone frei

FREETOWN/ABUJA: Die Geiselnahme von Hunderten von UNO-Soldaten in Sierra Leone ist nach fast einem Monat beendet. Auch die letzten noch festgehaltenen Blauhelme kamen aus der Gewalt der Rebellen der Revolutionären Vereinigten Front (RUF) frei. Eine Gruppe von etwa 85 Soldaten sei am Sonntag in Monrovia, der Hauptstadt des Nachbarlandes Liberia, eingetroffen, teilte UNO-Sprecher David Wilmhurst in Sierra Leone mit. Vier vermisste Soldaten seien wahrscheinlich tot. Insgesamt hatten die Rebellen rund 500 UNO-Beauftragte in ihre Gewalt gebracht. Die Präsidenten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) folgten in der nigerianischen Hauptstadt Abuja der Empfehlung ihrer Militärs, 3000 Soldaten zusätzlich nach Sierra Leone zu schicken. Die Soldaten sollen offensichtlich unter UNO-Befehlsgewalt gestellt werden.

Milosevic-Gegner: Scheitert Opposition?

BELGRAD: Der lose vereinten serbischen demokratischen Opposition droht ein Auseinanderbrechen, sollte nicht umgehend eine konkrete Strategie vereinbart werden. Das sagte Vladan Batic, einer der Führer der Allianz für den Wandel, am Montag in Belgrad, meldet die Nachrichtenagentur Beta. Der Opposition sei es nicht gelungen, die angestaute Unzufriedenheit und «demokratische Energie» der Bürger fruchtbar zu machen, sagte Batic selbstkritisch. Sollte nicht in den kommenden Tagen das gemeinsame Vorgehen gegen das Regime von Slobodan Milosevic abgestimmt werden, dann war der Protest vom vergangenen Samstag in Belgrad der «Schwanengesang» der vereinten Opposition, sagte er. An jener Kundgebung konnten die um eine Führungsposition ringenden Oppositionspolitiker lediglich zwischen 20 000 und 30 000 Anhänger versammeln.

China und Indien wollen Grenzfragen lösen

PEKING: China und Indien wollen ihre strittigen Grenzfragen friedlich lösen. Doch dafür seien «Zeit und Geduld» nötig, sagte der chinesische Staats- und Parteichef Jiang Zemin bei einem Treffen mit Indiens Präsident Kocharil Raman Narayanan. Bei den ungeklärten Grenzfragen geht es um Regionen im Nordwesten und im Nordosten Indiens. Jiang Zemin machte mehrere Vorschläge für eine Verbesserung der häufig von Misstrauen geprägten Beziehungen zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Erde. So sollen die Besuche hoher Regierungsvertreter und andere Kontakte ausgeweitet werden. Ferner will China den Handel und die wirtschaftliche Kooperation ausbauen, um eine solidere Grundlage zu schaffen und die Zusammenarbeit in internationalen Fragen verbessern. Indiens Staatspräsident nahm zur Kenntnis, dass China seine Grenzstreitigkeiten mit anderen Nachbarn «im Wesentlichen durch friedliche Verhandlungen» gelöst habe.

Putsch auf den Fidschi-Inseln

Armee übernimmt Macht auf Fidschi-Inseln: Militärschef erklärt Präsident de facto für abgesetzt

SUVA: Auf den Fidschi-Inseln hat die Armee die Macht übernommen und das Kriegsrecht verhängt. Der gewählte Präsident Ratu Sir Kamiseva Mara wurde von Armeechef Frank Bainimarama am Montag de facto für abgesetzt erklärt.

Das Militär zog damit die Konsequenzen aus der seit zehn Tagen dauernden Krise auf dem Pazifik-Inselstaat, die durch den Putschversuch des Geschäftsmanns George Speight entstanden war.

Wie Speight auf die Ankündigung Bainimaramas reagiert, war am Abend (Ortszeit) zunächst nicht abzusehen. Er hält weiterhin den inzwischen entlassenen indischstämmigen Ministerpräsidenten Mahendra Chaudhry und weitere 33 Geiseln im Parlamentsgebäude fest.

Speight hatte zuvor gedroht, die Tochter des Präsidenten als erste zu erschliessen, wenn die Armee versuchen sollte, die Geiselkrise mit Gewalt zu beenden. Maras Tochter Adi Koila Nailatikau ist Ministerin für Tourismus und Transport und gehört zu den Geiseln im Parlament.

In der Nacht auf Montag war es in der Hauptstadt zu schweren Unruhen gekommen. Mehr als hundert



Militärputsch auf den Fidschi-Inseln: Armeechef und neuer Machthaber Frank Bainimarama machte keine Angaben über seinen politischen Kurs.

Anhänger des Putschistenführers zogen mit Waffen durch die Strassen und drangen in die Studios des staatlichen Fernsehens ein. Ein Polizist wurde getötet. Der Armeechef erklärte in einer Ansprache, er habe nur «widerwillig die Exekutiv-

walt angenommen». Bainimarama machte keine Angaben über seinen politischen Kurs.

Diplomaten äusserten gegenüber der Nachrichtenagentur AFP die Erwartung, dass der Armeechef sich selbst zum Premierminister ernennen

wird. Mit dem Präsidenten hatte Bainimarama unmittelbar vor seiner Rede gesprochen, so dass es auch Vermutungen über eine konzentrierte Aktion gab.

Für die Hauptstadt verhängte das Militär eine Ausgangssperre, die zunächst auf 24 Stunden begrenzt wurde. Die Soldaten erhielten einen Schiessbefehl, um die Lage in der Hauptstadt unter Kontrolle halten zu können. Sie bezogen strategisch wichtige Stellungen in der Stadt und errichteten Strassensperren, wie ein AFP-Reporter berichtete. Das Parlamentsgebäude, wo sich die Putschisten verschanzt hielten, wurde abgeriegelt.

Die Krise hatte am 19. Mai durch den Putschversuch von Speight ihren Ausgang genommen. Zugleich hatten die Putschisten die Verfassung im Namen der Fidschi-Ureinwohner für ausser Kraft gesetzt erklärt. Alle Versuche, die Krise durch Verhandlungen beizulegen, blieben seither ohne Erfolg.

Der gefangengehaltene Regierungschef Chaudhry – der erste indisch-stämmige Premierminister der Republik Fidschi – wurde vom Präsidenten mittlerweile für abgesetzt erklärt. Seit dem Wochenende hatte Mara dann auch selbst als Regierungschef fungiert.

Polen: Regierungskrise

Rücktritt von Regierungsmitgliedern abgelehnt

WARSAU: Der konservative polnische Regierungschef Jerzy Buzek hat am Montag die Rücktrittsgesuche der liberalen Regierungsmitglieder abgelehnt. Damit blieb die Möglichkeit offen, dass sich die zerstrittenen Koalitionspartner doch noch auf den Erhalt der Regierung einigen.

Buzek bezeichnete die Rücktrittsgesuche als unverantwortlich und forderte die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zwischen der liberalen «Freiheitsunion» (UW) und seinem «Wahlbündnis Solidarität» (ASW). Buzek hatte sich zum Rücktritt bereit erklärt, wenn dies die Koalition wieder beleben würde.

Wenige Stunden zuvor hatten die neun Minister und Staatssekretäre der Freiheitsunion (UW) formal ihren Rücktritt erklärt, zugleich

aber Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Finanzminister und UW-Parteichef Leszek Balcerowicz hatte gesagt, er zöge eine Ablehnung der Gesuche durch Buzek vor, um Zeit für Verhandlungen zu gewinnen.

Balcerowicz hatte zuvor Kompromissbereitschaft seiner Partei gezeigt. Die Regierungsmitglieder, die ihren Rücktritt eingereicht hätten, sollten für die Dauer der Verhandlungen zur Beilegung der Krise im Amt bleiben, sagte Balcerowicz. In dieser Zeit würden sie jedoch keine einschneidenden politischen Entscheidungen treffen.

Balcerowicz forderte, dass die ASW sich verbindlich zu Reformen bekennt und ihre Reformgegner auf Regierungslinie bringt. Die UW stellt mit Bronislaw Geremek auch den Aussenminister in der polnischen Regierung.

Grenzkrieg in Afrika

Äthiopien bombardiert Flughafen von Asmara

ASMARA/ADDIS: Trotz der anlaufenden Friedensgespräche im Grenzkrieg am Horn von Afrika hat Äthiopien am Montag seine Offensive gegen Eritrea ausgeweitet. Äthiopische Flugzeuge bombardierten den wichtigsten Flughafen des Nachbarlandes.

Vier Flugzeuge griffen am Montag den militärischen Teil des Flughafens der Hauptstadt Asmara an, wie eine Korrespondentin der Nachrichtenagentur AFP beobachtete. Ziel der Angriffe sei es, die eritreischen Streitkräfte so stark zu schwächen, dass sie Äthiopien nicht mehr gefährlich werden können, sagte Äthiopiens Generalstabschef Tsadkan Gebre-Tensae in Addis Abeba. Der Angriff auf den Flughafen von Asmara war der erste seit fast zwei Jahren. Die Hauptstadt selbst blieb verschont. Nach vorläu-

figen Angaben wurden zwei Zivilisten verletzt. Vier Bomben seien über einer Zufahrtstrasse abgeworfen worden und hätten eine Hochspannungsleitung und eine wichtige Wasserleitung zerstört.

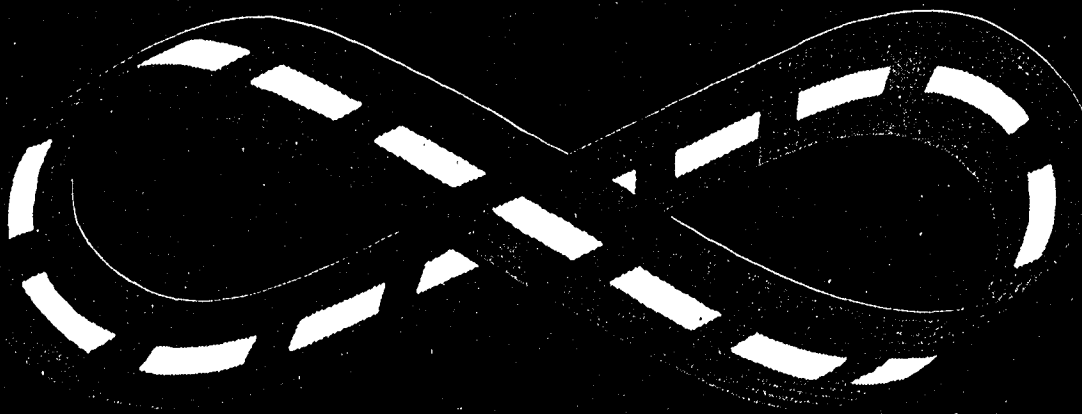
Zum Zeitpunkt der Bombardierung des Flughafens von Asmara sei eine Frachtmaschine mit Hilfsgütern für Flüchtlinge entladen worden, hiess es in Asmara. Die Zahl der Flüchtlinge ist in den letzten Tagen wegen der andauernden Kämpfe weiter angestiegen.

Im Nachbarland Sudan sind nach Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR bisher mehr als 30 000 Flüchtlinge registriert worden. Es handle sich vorwiegend um Frauen und Kinder, teilte das UNHCR am Montag in Genf mit.

Die letzte Gruppe, die im Osten in Kassala eingetroffen sei, bestehe aus 630 Personen.

Zum Thema Motorfahrzeugversicherung:

**Prämienenerhöhung per 1. 7. 2000?
Diese können Sie jetzt elegant umfahren.**



Es gibt einige gute Gründe, auf die Motorfahrzeugversicherung der Basler abzufahren: bis zu 70% Bonusrabatt und Bonusschutz zum Beispiel. Oder Fahrzeugaltersrabatte in der Kasko und eine attrak-

tive Parkschadensversicherung. Gute Gründe also, unverbindlich eine Offerte einzuholen. Beratung wird bei uns gross geschrieben. Kontaktieren Sie darum die Basler-Geschäftsstelle in Ihrer Nähe

oder wählen Sie 00800 24 800 800 und denken Sie daran: Bei einer Prämienenerhöhung haben Sie bei Ihrer Versicherung ein Kündigungsrecht bis 30. 6. 2000. Alles klar? www.basler.ch

Basler
Versicherungen